

Antrag

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Mehmet Yildiz, Christiane Schneider,
Deniz Celik, Martin Dolzer, Norbert Hackbusch, Inge Hannemann,
Stephan Jersch und Cansu Özdemir (DIE LINKE)**

**Betr.: Ausgewogene Ausgestaltung der Handreichung und Unterrichtsange-
bote für Hamburger Schulen zum Thema Bürgerschaftsreferendum zu
Olympia 2024**

Am 29. November 2015 können rund 27.000 sechzehn- und siebzehnjährige Stimmberechtigte beim Bürgerschaftsreferendum darüber entscheiden, ob sich die Stadt Hamburg für die Olympischen Spiele 2024 bewirbt.

Derzeit erstellt die Behörde für Schule und Berufsbildung eine „Handreichung zum Thema Bürgerschaftsreferendum, die den Schulen zur Durchführung einer entsprechenden Unterrichtseinheit zur Verfügung gestellt wird“ (vergleiche Drs. 21/1149).

Im Rahmen des Volksentscheids zum Rückkauf der Energienetze im Jahre 2013, erstellte die Behörde für Schule und Berufsbildung in Kooperation mit dem Jugendinformationszentrum (JIZ) und der Landeszentrale für politische Bildung (LZ) ebenfalls eine Broschüre, um die Jugendlichen vorab über die Abstimmung zu informieren. Diese wies jedoch erhebliche Mängel auf. So wurden die im Entscheidungsprozess vertretenen Positionen nicht im gleichen Umfang dargestellt. Allgemein schien die Broschüre zugunsten der Gegner/-innen des Netzzurückkaufs ausgestaltet zu sein, womit die Behörde für Schule und Berufsbildung gegen die Gebote von Fairness, Chancengleichheit und Transparenz verstieß. Die Broschüre wurde damals nach Protesten der Fraktion DIE LINKE zurückgezogen.

Die jetzt geplante Handreichung zum Thema Bürgerschaftsreferendum wird ein stark beachtetes Mittel zur Information und Meinungsbildung der Jugendlichen darstellen. Dementsprechend ist es wichtig, diesmal den oben genannten Geboten von Fairness, Chancengleichheit und Transparenz sowie denen der Sachlichkeit und Objektivität nachzukommen und die Broschüre ausgewogen auszugestalten.

Des Weiteren bietet das Landesinstitut für Lehrerfortbildung einen Unterrichtsworkshop für PGW- und Geographielehrkräfte im Oktober an mit dem Titel: Olympia-Volksentscheid in Hamburg.

Auch hier muss sichergestellt werden, dass die entsprechende Unterrichtsgestaltung absolut neutral sein muss, gerade vor dem Hintergrund, dass der Senat und seine Behörden ein deutliches Ja für Olympia in der Stadt vertreten.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

dafür Sorge zu tragen, dass sowohl in der Handreichung als auch im Unterricht die Pro- und Contra-Positionen in gleichem Umfang und auch in leichter Sprache und bei Bedarf mit Gebärdendolmetscher/-in im Unterricht vermittelt dargestellt werden, sodass es zu keinem Ungleichgewicht der beiden Seiten kommen kann.